

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ELFTES JAHR
JANUAR 1960

1

WILLY BRANDT

Berliner Zwischenbilanz

Wir sind in dieser Stadt entschlossen, unseren Weg zu geben, solange wir ihn gehen können, und wir werden solange Widerstand leisten, solange wir ihn überhaupt leisten können. Wir haben unsere Wahl getroffen. Wir können nicht anders.

Ernst Reuter

I.

Als der sowjetische Ministerpräsident im November 1958 die ultimative Aufhebung „der Reste des Besatzungsregimes“ in Berlin binnen sechs Monaten forderte, begann damit nach der fehlgeschlagenen Blockade von 1948/49 der erneute Versuch, ganz Berlin in den sowjetischen Machtbereich einzuschmelzen. Wenn heute, nach einem Jahr, die Bürger West-Berlins noch immer in Freiheit am Aufbau ihrer Stadt arbeiten können, so bedeutet dies nicht, daß der Versuch bereits endgültig gescheitert ist, sondern es bedeutet nur, daß der erste Vorstoß abgewehrt wurde.

Um auf die weitere Entwicklung vorbereitet zu sein und die noch zu erwartenden Vorstöße abwehren zu können, mag es nützlich sein, eine das vergangene Jahr umfassende Zwischenbilanz zu ziehen und sich darüber klarzuwerden, welche Faktoren es gewesen sind, die die Freiheit West-Berlins bis heute bewahren halfen. Weiter ist es notwendig, diese Faktoren dahin zu überprüfen, ob sie diesen Aufgaben auch in Zukunft dienen können oder nach welcher Richtung hin sie der Ergänzung bedürfen.

II.

Als betrachtender und handelnder Bürger dieser Stadt erscheinen mir die folgenden drei Faktoren für die Erhaltung der Freiheit West-Berlins entscheidend gewesen zu sein: Die Berliner „Innere Front“ blieb unerschüttert, der freie Teil Deutschlands gewährte Beistand, und die westlichen Schutzmächte sowie die Freunde Berlins in aller Welt traten für diese Stadt ein.

1. Die innere Front Berlins hielt stand, weil seine Bewohner in dem 14jährigen Ringen um den Bestand ihres freiheitlichen Gemeinwesens ihren Gegner genau kennengelernt haben und weil sie mindestens seit der Blockade wissen, daß nur dem geholfen wird, der sich selbst zu helfen weiß und der gewillt ist, notfalls auch Entbehren auf sich zu nehmen. Wir haben uns an jenem 27. November des vergangenen Jahres und an manchem

Tag danach nicht beirren und nicht verwirren, wir haben uns auch nicht für dumm verkaufen lassen. Andererseits haben wir uns bemüht, den Mund nicht zu voll zu nehmen, aber eine bestimmte und würdige Haltung an den Tag zu legen.

In dieser festen Haltung werden die Bürger des freien Berlins noch durch das Wissen um die Zustände bestärkt, die in dem anderen Teil ihrer Stadt und in der sowjetischen Besatzungszone herrschen und die in West-Berlin einzuführen das eigentliche Ziel aller Freistadtpläne ist. Durch die geographische Lage Berlins und durch die auch heute noch vielfältigen persönlichen Beziehungen zu den Bewohnern dieser Gebiete ist es ihnen zur Gewißheit geworden, daß die Freiheit dort keine Heimstatt mehr hat. Der seit Jahren ununterbrochen starke Strom von Flüchtlingen läßt sie insbesondere den Wert einer freiheitlich-demokratischen Ordnung erkennen. Als daher wenige Tage nach dem sowjetischen Ultimatum die Bevölkerung West-Berlins zur Wahlurne schritt, um ihr Stadtparlament neu zu wählen, erteilte sie der ungehindert zugelassenen SED die entsprechende Antwort: Bei einer Wahlbeteiligung von 92,9 vH erzielte diese Vereinigung politischer Fremdenlegionäre 1,9 vH der Stimmen.

Das entscheidende Element in der Haltung der Männer und Frauen Berlins, und zwar ganz Berlins, ist jedoch das Bewußtsein, daß es in dieser Zeit der großen nationalen Not Aufgabe der Hauptstadt Deutschlands und ihrer Bewohner ist, alles zu tun, um die widernatürliche Spaltung des Vaterlandes beenden zu helfen. Die Einwohnerschaft Berlins weiß, daß der Vorstoß der Sowjetunion und ihrer deutschen Statthalter darauf abzielt, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges unter Beibehaltung der Spaltung Deutschlands zu fixieren und diesen Zustand zum Bestandteil der Völkerrechtsordnung zu machen. Sie weiß, daß am Beispiel Berlins die These von der Werra-Elbe-Linie als der Westgrenze des sowjetischen Weltreiches erhärtet werden soll. Sie weiß aber auch um das Lebensrecht dieses Volkes. Die Berliner sehen es daher mit als ihre Hauptaufgabe an, einem das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtenden Verhalten Widerstand entgegenzusetzen. Mit dem dieser Stadt eigenen Sinn für die politische Wirklichkeit empfanden ihre Bewohner das provokatorische Hissen der „Spalterflagge“ auf dem Westberliner Eisenbahngelände nicht nur als Geltendmachung eines ihre Freiheit bedrohenden Hoheitsrechtes, sondern sie sahen in dieser Flagge vor allem das Symbol des Separatismus.

2. Als zweiter Faktor zur Erhaltung der Freiheit West-Berlins hat sich der von dem freien Teil Deutschlands gewährte Beistand erwiesen. Die Bundesregierung hat sich bemüht, die Interessen Berlins auf den beiden Genfer Konferenzen zu vertreten, und sie hat in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin dafür gesorgt, daß die Außenwelt über das Berlin-Problem unterrichtet wurde.

Neben der seit Jahren gewährten finanziellen Hilfe hat die Bundesregierung Berlin u. a. durch erweiterte Transportgarantien sowie mit weiteren steuerlichen Vergünstigungen für Investitionen unterstützt. Von größter Wichtigkeit war die Unterstützung, die die Wirtschaft der Bundesrepublik West-Berlin gewährt hat. Vor allem durch die verstärkte Vergabe von Aufträgen konnte die seit Kriegsende niedrigste Zahl der Arbeitslosen erreicht und der Umsatz der Industrie beträchtlich gesteigert werden. Da West-Berlin nicht nur die größte Hochschulstadt, sondern auch noch immer die größte Industriestadt Deutschlands ist, war es von besonderer Wichtigkeit, daß die Verbindung mit der Bundesrepublik nicht gestört und daß die mit dem Ultimatum bezweckte Vertrauenskrise verhindert wurde. An dieser bedeutungsvollen Aufgabe mitgewirkt zu haben, ist auch ein Verdienst der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder.

Berlin hat nicht nur materielle, es hat vor allem auch moralische Hilfe erhalten. Gerade das vergangene Jahr hat gezeigt, daß diese Stadt nicht nur eine Stätte der Begegnung und die lebendige Brücke zwischen den Menschen unseres willkürlich auseinandergerissenen Volkes ist, sondern daß sie sich — mehr als je zuvor — zum Integrationszen-

trum eines gesunden Nationalbewußtseins entwickelt hat. Dies kommt nicht zuletzt auch dadurch zum Ausdruck, daß sich Berlin, nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen zu urteilen, bei der übrigen Bevölkerung der Bundesrepublik eines wachsenden Verständnisses erfreut. Berlin für diese Funktion zu bewahren, ist eine Aufgabe des ganzen Volkes, denn Deutschlands eigentliche Hauptstadt ist und bleibt Berlin.

3. Einen besonders maßgeblichen Anteil an der Abwehr des sowjetischen Vorstoßes haben jedoch die westlichen Schutzmächte sowie die Freunde Berlins in der ganzen nicht-kommunistischen Welt.

Durch ein gutes Zusammenwirken ist es gelungen, vor aller Welt klarzustellen, daß die Westmächte gemäß den Normen des Völkerrechts einen Rechtsanspruch auf Anwesenheit in Berlin haben und daß eine Minderung dieses Anspruchs ihrer Zustimmung bedarf. Wenn die Genfer Konferenzen auch ohne ein unmittelbares Ergebnis für Berlin geendet haben, so dienten sie doch mittelbar der Vorbereitung der Gespräche zwischen Präsident *Eisenhower* und Ministerpräsident *Chruschtschow* in Camp David, durch die das Berlin-Ultimatum vom Tisch genommen und beschlossen wurde, ohne Befristung über die Berlin-Frage zu verhandeln mit dem Ziele, eine Lösung zu erreichen, die den Interessen aller Betroffenen gerecht wird und die der Aufrechterhaltung des Friedens dient.

Zu diesem Ergebnis haben, wenn sie auch an den Verhandlungen selbst nicht beteiligt waren, die Völker und die Regierungen vieler Staaten in maßgeblicher Weise beigetragen. Berlin war Gegenstand zahlreicher Sympathie- und Freundschaftskundgebungen in aller Welt; hieran waren nicht zuletzt solche Länder beteiligt, gegen die Hitler Krieg geführt und deren Länder er verwüstet hat.

Bei meinen Auslandsreisen habe ich immer wieder das beglückende Gefühl erfahren, daß die Sache einer Stadt zu einer Herzenssache für Millionen in aller Welt werden kann. Ich habe auch erfahren dürfen, daß es draußen stärkere Reserven für die Sache des wiedervereinigten Deutschlands gibt, als wir es manchmal annehmen. Es gibt sie nicht nur bei unseren europäischen Nachbarn, es gibt sie vor allem auch in Amerika. Und es gibt sie überall dort, wo es für selbstverständlich gehalten wird, daß das Recht auf Selbstbestimmung auch für uns gelten muß und daß es nicht der Sinn der Geschichte sein kann, die Kolonialherrschaft in weiten Teilen der Welt abzubauen, um einen Kolonialismus neuer Art in weiten Teilen Europas entstehen zu lassen.

Die Solidarisierung der nichtkommunistischen Welt mit Berlin hat dazu beigetragen, daß zwei Risiken ausgeschaltet wurden: die Kriegsgefahr und die Gefahr, daß man die Konsequenzen falscher Nachgiebigkeit verkannt hätte. Dennoch bleibt eine klare und entschiedene Haltung erforderlich, da die Gefahr des Vertrauensschwundes bestehen bleibt, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus mit einem Eindruck der westlichen Stellung in Berlin unweigerlich verbunden wäre. Wir können nur hoffen, daß es gelingt, die Elemente einer neuen Politik zu entwickeln. Der Versuch Außenminister *Herters*, für das gemeinsame Überleben „einige Spielregeln“ zu finden, kann an und für sich nur begrüßt werden. Wir können nur hoffen, daß es gelingen möge, diese Spielregeln so zu fassen, daß Falschspieler erkannt werden.

III.

Die eingangs gestellte und nunmehr zu beantwortende Frage, ob die vorstehend herausgestellten drei Faktoren unseres Überlebens — nämlich die Festigkeit der Berliner selbst, die Unterstützung durch den freien Teil Deutschlands sowie das Eintreten der westlichen Schutzmächte und der zahlreichen Freunde in der nichtkommunistischen Welt für Berlin — auch wirklich geeignet sind, die Freiheit dieser Stadt zu erhalten, kann auf Grund der bisher erzielten Ergebnisse bejaht werden. Von Wichtigkeit ist die Erkenntnis,

WILLY BRANDT

daß das bisherige Ergebnis nur durch das Zusammenwirken der drei Faktoren erzielt werden konnte und daß, würde einer dieser Faktor entfallen, die Bemühungen um die Erhaltung der Freiheit dieser Stadt wesentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würden.

IV.

Die weitere Frage, die es nunmehr zu beantworten gilt, ist die, ob — und bejahendenfalls nach welcher Richtung — die drei Freiheitsfaktoren der Ergänzung bedürfen. Die Antwort ergibt sich aus dem Vergleich der durch sie erzielten Ergebnisse mit dem obersten Ziel unserer Berlin-Politik: Abwehr des sowjetischen Vorstoßes und Sicherung der Freiheit Berlins bis zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Wie bereits oben erwähnt, ist bisher nur erreicht worden, daß das Ultimatum vom Tisch genommen wurde. Hingegen ist es noch nicht gelungen, die unehrliche Forderung auf „Beseitigung des Besatzungsregimes“ und auf Umwandlung Berlins in eine sogenannte Freie Stadt hinfällig zu machen. Um auch dies noch zu erreichen, bedarf es des intensiven Zusammenwirkens aller drei aufgezeigten Faktoren unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte:

1. Die von den Sowjets ausgelöste Berlin-Krise ist mit den Worten des französischen Außenministers „in Wirklichkeit eine Krise von ganz Europa“, und diese Krise Europas wiederum hat ihren Ursprung in der widernatürlichen Spaltung Deutschlands. Berlin ist nicht die Ursache, sondern Folge und Symptom der gesamteuropäischen Lage. Dies wird von all denen verkannt, die glauben, die Berliner Situation sei die ausschlaggebende Störung der Stabilität des Status quo in Europa. Demzufolge kann eine dauerhafte Berlin-Lösung nur durch die Wiedervereinigung Deutschlands erzielt werden. Bis dahin bleibt Berlin die Hauptstadt des nicht untergegangenen deutschen Staates und die Stadt des Widerstandes gegen Spaltung und Separatismus. Aufgabe aller Deutschen, insbesondere aber der Bundesregierung, ist es, diesen Willen zur Einheit nachdrücklich aufrechtzuerhalten und das Ausland davon zu überzeugen, daß die Bemühungen um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands real sind und daß sie dem Interesse an der Sicherung des Friedens entsprechen. Wie die für uns Deutsche bedrückenden Erklärungen *Nehrus* vor wenigen Wochen erkennen lassen, scheint hier manches versäumt worden zu sein, denn sonst könnte es kaum zu so ernsten Mißverständnissen kommen.

2. Es ist ein folgenschwerer Irrtum, anzunehmen, daß auch ohne die Wiedervereinigung Deutschlands der Status quo als auf die Dauer gesichert erscheint. Dieser Status quo würde auf dem Unglück unserer 17 Millionen Landsleute in der Zone aufgebaut sein. Diese 17 Millionen haben bisher der Fremdherrschaft widerstanden. Wenn sie erkennen müßten, daß die Teilung Deutschlands endgültig ist, ist nicht auszuschließen, daß sich Kurzschlußreaktionen ergeben könnten. Aus der polnischen Geschichte sollte die Lehre gezogen werden, daß solche Teilungen stets ein Unglück für Europa sind.

3. Der Versuch, die Berlin-Frage isoliert zu lösen, birgt die große Gefahr in sich, daß Berlin über kurz oder lang in dem es umgebenden Gebiet aufgeht. Wie beispielsweise die Geschichte der Freien Stadt Krakau von 1815 bis 1831 zeigt, ist dies fast ausnahmslos das Schicksal der „Freien Städte“ gewesen.

4. Es ist ein Kurzschluß denken, wenn man meint, es müsse in Berlin auf jeden Fall etwas geändert werden. Der Status quo verhindert keine Vereinbarungen über einen Modus vivendi. Auch für Ministerpräsident Chruschtschow sollte gelten, was der Rektor der Fordham-Universität auf die Frage, was er Chruschtschow sagen würde, wenn er sich eine Minute lang mit ihm allem unterhalten könnte, antwortete: „Frieden wird — ebenso wie Liebe — durch Taten und nicht durch Worte bewiesen.“

BERLINER ZWISCHENBILANZ

Alle für West-Berlin zu treffenden Regelungen müssen demnach zur Wahrung der Lebensinteressen der über zwei Millionen Einwohner folgende Mindestvoraussetzungen erfüllen:

- a) Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Berlins muß gewährleistet bleiben.
- b) Die Zugehörigkeit Berlins zum Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem und zur politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland darf nicht gelockert werden.
- c) Die Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und daraus folgend die Verantwortung der Westmächte für Berlin muß aufrechterhalten bleiben, und zwar auch nach Ablauf eines eventuellen Interimsabkommens.
- d) Es darf keine Beschränkung des freien Zugangs nach Berlin geben, sondern im Gegenteil sollte der Grundsatz des freien Zugangs bestätigt und in die Form klarer Abmachungen gebracht werden.